

Statement

Günter Verheugen

Vizepräsident der EU-Kommission und
Kommissar für Unternehmen und
Industrie

Pressekonferenz zur Vorstellung der
größten

**Länderübergreifenden
Schulbuchstudie**

Berlin, 24. Juni 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wachstum und Beschäftigung in Europa hängt davon ab, dass wir mehr unternehmerische Initiativen entfalten und freisetzen können. Unsere europäische Wirtschaftspolitik hat eine ganz klare ordnungspolitische Grundlage. Sie ist marktwirtschaftlich orientiert, was bedeutet, dass sie auf unternehmerische Freiheit und Wettbewerb setzt. Das Element, von dem ich glaube, dass es den größten Nachholbedarf in Europa hat, ist die unternehmerische Initiative. Warum wachsen europäische Unternehmen langsamer als amerikanische? Warum haben wir pro tausend Einwohner wesentlich weniger Menschen, die bereit sind, ein Unternehmen zu gründen als die Amerikaner? Warum scheitern europäische Unternehmen häufiger als amerikanische? Warum gibt es bei einem Scheitern praktisch keinen zweiten Versuch? Die Antwort auf alle diese Fragen ist ziemlich einfach: Es gibt nicht diese hohe gesellschaftliche Anerkennung des Unternehmertums in Europa, wie wir es aus anderen Teilen der Welt her kennen. Nicht nur in den USA, sondern auch in Japan und auch in China und möglicherweise fast überall ist diese Anerkennung vorhanden, nur in einer ganzen Reihe von wichtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist dies nicht der Fall.

Meine erste Forderung ist deshalb an die Politik und an die Gesellschaft selbst gerichtet: Unternehmertum bedarf gesellschaftlicher Ermutigung und Förderung und muss stärker anerkannt werden. Derjenige, der auf eigenes Risiko etwas unternimmt und damit für andere Menschen Arbeitsplätze schafft, tut per se etwas gesellschaftlich Nützliches.

Die zweite Forderung basiert auf der Unterentwicklung von *Entrepenuership Education*, also die unternehmerische Bildung, in den meisten europäischen Staaten. Die Schulbuchstudie von Frau Professor Lässig hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich die Lage in den europäischen Staaten ist. Ganz prinzipiell kann ich Ihnen sagen, dass die Europäische Kommission der Auffassung ist, dass unternehmerische Bildung ein Unterrichtsthema in allen Schulformen und auf allen Schulebenen werden muss. Bereits in der *Primary Education*, die bis zum 14 Lebensjahr geht, der *Secondary Education* sowie der weiteren Hochschulbildung muss das Thema ökonomische Bildung jeweils altersgerecht seinen Platz

bekommen. Die ökonomische Wissensvermittlung sollte dabei nicht im Sinne von wirtschaftlichen Zusammenhängen, sondern ganz klar im Sinne zum Erwerb praktischer Kenntnisse und praktischer Fähigkeiten zum Unternehmertum verstanden werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass es schon bei Kindern möglich ist, eine spielerische Einführung in unternehmerisches Handeln und in unternehmerische Praxis zu entwickeln. Wir haben hierbei in einigen europäischen Ländern schon sehr gute Erfahrung dabei gemacht, da dort mit so genannten *Mini Companies* Schüler und Studenten unter realen Bedingungen Unternehmen gegründet und erfolgreich geleitet haben. Die Erfahrungen, die beispielsweise in Norwegen gemacht wurde, ist, dass rund 20% der Schüler und Studenten, die sich vorher an solchen *Mini Companies* beteiligt hatten, dann später selber Unternehmen gründeten.

Wir haben gemeinsam mit den europäischen Mitgliedsländern vor zwei Jahren die so genannte Oslo-Agenda entwickelt, in der ein ganzer Katalog von Möglichkeiten den Mitgliedsländern angeboten wird, wie sie unternehmerische Initiative und Unternehmertum fördern können. Das wird auch auf breiter Front angenommen, aber mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Ich möchte noch einen letzten Punkt erwähnen, der die Hochschulen betrifft, denn die Hochschulen sind hier am Ende mit am wichtigsten. Ich verlange von unseren Hochschulen, ganz unabhängig davon, um welches Studienfach es sich handelt, dass sie den Studenten anbieten, wie das im Studium Gelernte ggf. auch unternehmerisch angewendet werden kann. Die amerikanischen Universitäten machen das mit sehr großem Erfolg. Das ist mit einer der Gründe dafür, warum dort unter den Studenten ein weitaus höherer Prozentsatz bereit ist, ein Unternehmen zu gründen als bei Studenten in den meisten europäischen Ländern. Wohl gemerkt, es handelt sich hier nicht um reine Wissensvermittlung, sondern um eine praxisorientierte Bildungspolitik! Die Unternehmen wie die Wirtschaftsverbände können hierbei eine ganze Reihe von Schwellen abbauen. Dazu gibt es viele Modelle in Europa, die überall verwendet werden können.

Aber jede Medaille hat zwei Seiten. Ich habe bisher nur darüber gesprochen, was die Gesellschaft und die Politik tun müssen, um unternehmerische Initiativen zu stärken

und zu ermutigen. Aber die andere Seite der Medaille ist natürlich, was wir von Unternehmern erwarten müssen. Das darf nicht verschwiegen werden. Das Stichwort heißt hier für mich: gesellschaftliche soziale Verantwortung. Eine Gesellschaft, in der unternehmerische Initiative anerkannt wird und in der unternehmerische Bildung akzeptiert ist, muss auf der anderen Seite Unternehmer erwarten, die ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ernst nehmen.

Die in den meisten europäischen Ländern vorhandene Struktur ist vor allem geprägt von kleinen und traditionellen Familienunternehmen. Diese europäische Struktur hilft uns sehr, unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung in der Realität wirklich erfolgreich zu machen. 99 % der rund 24 Millionen Unternehmen in Europa fallen in diese Kategorie. Damit haben wir in diesem Bereich eine außerordentlich günstige Situation. Ich sehe insbesondere bei den großen internationalen und börsennotierten Unternehmen Handlungsbedarf, da es in der jüngsten Zeit eine Reihe von Fehlentwicklungen gegeben hat, die man hart kritisieren muss. Das führt letztlich dazu, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgewogenheit einer marktwirtschaftlichen Ordnung verloren gehen könnte.

Ich halte daher die Diskussion über die Gehaltspakete von Managern sowie die Beteiligung von Managern an Unternehmen im Zusammenhang mit der amerikanischen Hypothekenkrise für richtig und für notwendig. Ich würde es aber immer bevorzugen, wenn nicht die Politik tätig werden müsste, sondern wenn Unternehmen und Unternehmer selber die notwendigen Konsequenzen ziehen und ihr Verhalten den Grundsätzen der unternehmerischen gesellschaftlichen Verantwortung unterwerfen würden.

Vielen Dank!